



# NEWSLETTER



KAS MADRID

22. JULI 2011

**AUSLANDSBÜRO FÜR SPANIEN UND PORTUGAL**

**NEWSLETTER**  
**MADRID AKTUELL**  
JULI 2011

THOMAS BERND STEHLING  
[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

## Ein „heißer“ Herbst in Spanien?

Die Spanier gehen in ihre Sommerpause, die in diesem Jahr für viele von ihnen kürzer ausfallen dürfte, als üblich und erwünscht.

Auch wenn das Land in den Zyklen der medialen Krisenbegleitung in Europa gegenwärtig etwas weniger im Mittelpunkt steht, deutet wenig darauf hin, dass dieser Zustand länger anhalten wird. Zu ungewiss sind die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wichtige Entscheidungen aus der Liste der Reformversprechen stehen noch aus oder sind erst in der Umsetzung.

Nach der dramatischen Niederlage der spanischen Sozialisten bei den Regional- und Kommunalwahlen vom 22. Mai und der Erklärung von Ministerpräsident Zapatero, bei den Neuwahlen, die spätestens im Frühjahr nächsten Jahres anstehen, nicht erneut zu kandidieren, befindet sich das Land in einer Übergangsphase, deren Ende und weiterer Verlauf noch nicht vorhersehbar sind. Dies gilt für Gestaltungswillen und -fähigkeit der PSOE-Minderheitsregierung und ihrer Unterstützer innerhalb und außerhalb des Parlaments ebenso, wie für die Folgen der gegenwärtigen politischen Ungewissheiten auf die Bereitschaft in- und ausländischer Investoren, die dringend notwendigen Beiträge zur Wiederbelebung der spanischen Wirtschaft zu leisten. Für ein deutliches Wachstum gibt es derzeit ebenso wenig Anzeichen, wie für einen signifikanten Abbau der extrem hohen Arbeitslosenzahlen, sieht man von kurzfristigen Effekten in der Tourismusbranche ab, die von den Unsicherheiten in Tunesien und Ägypten profitiert.

Wie auch anderswo in Europa bedingen die Krisen in Politik und Wirtschaft einander und beschleunigen die Negativfaktoren, die die gegenwärtige Lage kennzeichnen.

Selbst regierungsfreundliche Medien beschreiben in bislang ungewohnter Offenheit, dass sich "Angst und Hoffnungslosigkeit" in Spanien verbreiteten, der Zustand des Landes "besorgniserregend" sei, mit denkbaren Folgen für den "sozialen und territorialen" Zusammenhalt. Die Lage werde verschlimmert durch den "enormen Vertrauensverlust" in Zapatero. Wenn er, so schreibt "El País", seinem Land noch einen letzten Dienst leisten wolle, solle er "endlich von der Macht ablassen und die Dringlichkeit erkennen, dass unsere Regierung das verloren gegangene Vertrauen zurückgewinnt".

So wachsen die Erwartungen auf vorgezogene Neuwahlen im Oktober oder November. Sie müssten im Interesse der Sozialisten sein, deren linker Flügel die traditionellen Wählergruppen der Partei nicht noch durch weitere Reparaturarbeiten an der Agenda verschrecken will, die man anfangs mit großer Euphorie und erheblichen Kosten für den Steuerzahler den Konzepten der konservativen Vorgänger-Regierung von Jose Maria Aznar entgegenstellte. Die "Reform der Reformen" wird als die "Auftragsarbeit" der deutschen Bundeskanzlerin Merkel denunziert, die den neuerlichen Schulterschluss mit Gewerkschaften und der linken Klientel im Lande verhindert. Schon ist bei dem neuen Spitzenmann der Sozialisten, dem bisherigen Innenminister Rubalcaba, ein bemerkenswerter Wandel nach links zu beobachten, die den Kurswechsel der Partei andeutet. Ob ihm das die Wähler nach Jahren der Regierungsverantwortung noch abnehmen, darf bezweifelt werden. So setzen insbesondere die jüngeren Führungskräfte des PSOE auf eine "Erneuerung in der Opposition".

Im Partido Popular (PP) von Oppositionsführer Mariano Rajoy wird vernünftigerweise das Interesse an schnellen Neuwahlen ebenfalls groß sein müssen. Dies gilt nicht nur aus "staatspolitischer

Verantwortung", sondern auch deshalb, weil sie nach ihrem Wahltriumph vom 22. Mai die Regionalregierungen und Kommunalverwaltungen in Spanien dominieren. Man wird von ihnen erwarten, dass sie nun zeigen, was sie wollen und was sie können. Beides wird nicht leicht sein.

Rajoy, der nach schwierigen Jahren in der eigenen Partei und in der Öffentlichkeit erstmals als künftiger spanischer Regierungschef sicher "gesetzt" ist, macht es selbst seinen Anhängern nicht leicht, zu erkennen, welche konkreten Alternativen er der gescheiterten Politik Zapateros gegenüberstellen will. Dies gilt sowohl für die Sachentscheidungen, als auch für das künftige Führungspersonal des Landes. Dass es Rajoy an Charisma fehlt, wird man ihm nicht vorwerfen können. Wohl aber das Fehlen eines Teams, das sich in Kompetenz und Wirkung ergänzt und es dem Wähler leichter macht, den Zugang zum PP direkt, und nicht nur über den Umweg des Vertrauensverlustes in die Regierung Zapatero zu finden.

Die Anforderungen an eine neue Regierung sind enorm. Während in anderen wichtigen Industriestaaten die Wiederbelebung der Wirtschaft und erste Wachstumsschübe zu beobachten sind (in den Ländern der Eurozone 2,5%, in Deutschland 4,8% in den ersten drei Monaten), ist die spanische Wirtschaft im ersten Quartal lediglich um 0,3% gewachsen.

Für das Gesamtjahr 2011 sagt die spanische Regierung ein Wirtschaftswachstum von 1,3% voraus, Fachinstitute rechnen mit nur 0,8%.

Die hohe Arbeitslosigkeit und Einschnitte bei Löhnen und Pensionen führen zu geringerem Konsum, der allein im Einzelhandel zu einem Minus von 4,8% in den ersten vier Monaten des Jahres führte.

Bei den Investitionen hält der Rückgang an, in der "Boomindustrie" der vergangenen Jahre, der Bauwirtschaft, waren es 2010 8,7% weniger, als im Jahr zuvor.

Bemerkenswert ist die Beobachtung von Fachleuten, wie dem "Equipo Económico", dass bei den ausländischen Investitionen in strategische Sektoren, die ihre durch die Krise geschwächte Kapitalstruktur verbessern wollen, mittlerweile die Finanzierung durch Staatsfonds, insbesondere aus Asien und Arabischen Ländern, die der multinatio-

nen Unternehmen der hoch entwickelten Länder deutlich übersteigt.

Zu den Ursachen der anhaltenden Krise werden neben den politischen Unsicherheiten vor allem die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft gerechnet, die Ineffizienz des Arbeitsmarktes und eine fehlende Flexibilität bei den Arbeitstarifen. Daran haben auch die eingeleiteten Reformen der Regierung Zapatero nur wenig ändern können. Noch inmitten der Wirtschaftskrise 2008/2010 wurden in Spanien nach dem bestehenden Tarifvertragssystem mittlere Lohnerhöhungen von 4,7% ausgehandelt, während im gleichen Zeitraum in Großbritannien die Reallöhne um 5,3% zurückgingen.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit von 21%, das sind nahezu 5 Millionen Menschen, gibt eine Antwort auf die Wirksamkeit der Maßnahmen. Die Reform des Arbeitsmarktes hat ihre Ziele nicht erreicht.

Vor diesem Hintergrund müssen auch die Chancen bewertet werden, die Verschuldung Spaniens 2011 auf 6% des BIP und 2012 auf 3% abzusenken. Zwar wurde die Verschuldungsgrenze für 2010 eingehalten. Bei ausbleibendem Wachstum, sinkendem Konsum, steigenden Finanzierungskosten und Ausgaben von rund 21 Milliarden Euro allein für die Leistungen an Arbeitslose bleiben die Vorhaben für dieses und nächstes Jahr höchst anspruchsvoll.

Zu den Herausforderungen der nächsten Regierung zählen darüber hinaus die Strukturprobleme Spaniens. Das Fehlen eines verfassungsrechtlichen Rahmens für das Verhältnis der zentralen Staatsgewalt zu den Autonomen Regionen hat über die Jahre nicht nur zu wachsenden Ungleichgewichten geführt, sondern auch zu einer Kostenexplosion bei den Staatsausgaben. Die Reduzierung der Verwaltungskosten der Autonomen Regionen und die Festlegung von Ausgabenbeschränkungen oder einer Schuldengrenze durch einen Zusatz im "Haushalts-Stabilitätsgesetz" gehört zu den vielen Ankündigungen Zapateros. Vollzogen wurde dieser Schritt bislang noch nicht.

Die vorherrschende Unsicherheit wird schließlich befördert durch die Lage bei den spanischen

Sparkassen, den Cajas. Fünf von ihnen haben den jüngsten "Stress-Test" nicht bestanden. Der Börsengang der "Bankia", einem Zusammenschluss von vormals sieben Cajas unter Führung der Caja Madrid, konnte nur mit einem Discount von 15% gestartet werden.

Zu den Gründen für die Probleme der Sparkassen zählt vor allem die Hybris, mit der in den Boomjahren Kredite für Wohnraum vergeben wurden. Die spanische Zentralbank beziffert die Vermögenswerte der Sparkassen im Immobilienbereich mit 217 Milliarden Euro. Davon sind nach Angaben der Sparkassen selbst rund 100 Milliarden "problematisch". Rechnet man den Rückgang der Preise für Wohnraum mit ein, entstehen Risiken für die Kreditinstitute und ihre staatlichen und privaten Eigentümer in beachtlicher Größenordnung. Sie führen wiederum zu zusätzlichen Hindernissen bei der Ankurbelung der Wirtschaft, weil diese Banken inzwischen äußerst restriktiv bei der Gewährung von Krediten gerade an kleine und mittlere Unternehmen vorgehen.

Ein politischer Neuanfang scheint in dieser Situation die vermutlich beste Lösung. Sie wird mittlerweile von der großen Mehrheit der Spanier für erforderlich und wünschenswert angesehen.

Der Erfolg dieses Neuanfangs ist nicht nur für Spanien von elementarer Bedeutung, sondern auch für Europa und die Eurozone. Beide brauchen ein starkes und stabiles Spanien.

Die europäischen Partner, insbesondere aus den Reihen der EVP, sollten deshalb darauf hinwirken, alsbald die Beteiligten einer möglichen neuen Führung in Spanien kennenzulernen und ihnen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit anbieten.

## Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung  
c/ Villanueva 34, 2º Dcha.  
28001 Madrid  
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02  
Fax +34 91 575 60 66  
[info@fka-madrid.org](mailto:info@fka-madrid.org)  
[www.kas.de/spanien](http://www.kas.de/spanien)

